

Kommissionsentwürfe vorgelegt

Jetzt beginnt eine intensive Diskussion in der Partei

In diesem UiD finden unsere Leser die Diskussionsentwürfe der vom Bundesvorstand der CDU eingesetzten Kommissionen. Es handelt sich um die Vorlage zur Außen-, Sicherheits-, Deutschland-, Europa- und Entwicklungspolitik (gelber Teil) und um die Vorlage zum Thema „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ (grüner Teil).

Sie sollen als Grundlage einer breiten Diskussion in allen Gliederungen der Partei dienen — auch unter Einbeziehung von Experten außerhalb der Partei. Auf der Basis der Diskussionsentwürfe und der dazu bis zum 5. April 1988 eingegangenen Stellungnahmen wird der Bundesvorstand in einer Klausurtagung am 17. und 18. April Leitanträge für den 36. Bundesparteitag verabschieden. Diese werden dann auf den antragsberechtigten Ebenen der Partei diskutiert. Antragsschluß für die Parteigliederungen zum Leitantrag ist der 15. Mai 1988. Über die bis dahin eingegangenen Änderungsanträge wird der Bundesparteitag vom 13. bis 15. Juni in Wiesbaden eingehend diskutieren und abschließend entscheiden.

Damit diskutiert die CDU zum ersten Mal seit sieben Jahren (im November 1981 fand der Hamburger Parteitag statt, auf dem Aussagen zur Außen- und Deutschlandpolitik beschlossen wurden) auf einem Parteitag intensiv über Fragen der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik. Auf dem Bundesparteitag wird sich die CDU auch den konkreten Problemen der Mitglieder stellen und auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes politische Lösungen erarbeiten. Der Parteitag wird dazu Beschlüsse fassen, die bis in die 90er Jahre hinein Grundlage der künftigen politischen Arbeit der CDU als führende Regierungspartei sind. Die CDU erweist sich damit erneut als prinzipientreue, problemoffene und diskussionsfreudige Volkspartei, die die Herausforderungen der Zukunft rechtzeitig aufgreift und darauf Antworten gibt.

Informieren, diskutieren, Meinung bilden

Anregungen zur Vorbereitung des 36. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union in den Verbänden der CDU

Das Gespräch zu den Themen des Parteitages soll innerhalb und außerhalb der Partei von allen Mitgliedern intensiv geführt werden, um eine möglichst breit angelegte Diskussion und Meinungsbildung zu erreichen. Auf den folgenden Seiten finden Sie Anregungen für Veranstaltungen unterschiedlichster Art, die von der CDU oder einer ihrer Vereinigungen durchgeführt werden können. Gemeinschaftsveranstaltungen von CDU-Verbänden mit einer bestimmten Vereinigung können darüber hinaus besonders zielgruppenorientiert gestaltet werden. Außerdem finden Sie Vorschläge für Gesprächspartner und Teilnehmer für Ihre örtlichen Diskussionen.

Zeitplan der Beratungen

19. und 20. Februar:

Versand der Kommissionsentwürfe

Diskussionsphase I

5. April: Fristende für Stellungnahmen aus der Partei

19. und 20. April: Versand der Leit- anträge des Bundesvorstandes an die antragsberechtigten Gliederungen der Partei

Diskussionsphase II

15. Mai: Antragsschluß für die Parteigliederungen zu den Leitanträgen (antrags-

berechtigt sind Kreisverbände)

27. bis 29. Mai:

Versand der Antragsbroschüre

13. bis 15. Juni:

Bundesparteitag in Wiesbaden

Veranstaltungsvorschläge

Öffentliche Mitgliederversammlung, zu deren Besuch mit Anzeigen und Plakaten eingeladen wird — abzurufen ist von einem steifen Sachvortrag von einem Podium herab mit anschließender Diskussion. Besser sind:

■ **„Pro und contra“-Diskussion:** Zwei stadtbekannte Verfechter unterschiedlicher Meinungen, z. B. zum Thema Abrüstung, stellen ihre Standpunkte dar.

■ **Experten-Anhörung:** Eine kleine Gruppe von Vorstandsmitgliedern stellt gezielte Fragen an eine kleine Gruppe von Experten. Beispiel: Zum Thema „Gentechnologie“ werden ein Chemiker, ein Unternehmer und ein Moralthologe befragt.

■ **Podiumsdiskussion:** Vertreter verschiedener Interessengruppen werden eingeladen, mit Kurz-Statements in die Problematik einzuführen und ihre Standpunkte dann zu diskutieren. Beispiel: Ein Landwirt, ein Transportunternehmer, ein Student diskutieren zum Thema: „Was bringt uns Europa?“

Ein anderer Weg ist die Arbeit in kleineren Gruppen. Sie kann inhaltlich sehr produktiv sein und durch die Einbeziehung wichtiger Multiplikatoren auch Breitenwirkung erzielen. Durch Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse kann darüber hinaus eine breite Öffentlichkeit informiert werden.

■ **Kleingruppenarbeit:** Interessenten werden zu einer Reihe von Arbeitskreisen eingeladen, die ein- bis zweimal zusammenkommen und Stellungnahmen zu Teilbereichen der Entwürfe erarbeiten. Auf einem offenen Parteitag berichten sie über ihre Beratungsergebnisse und die Versammlung entscheidet über die Stellungnahme des Kreises. Beispiel: Die unterschiedlichen Aspekte des Themas „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ könnte auf diese Weise gemeinsam erarbeitet werden.

Gesprächspartner und Zielgruppen für Einladungen

Gesprächspartner aus dem CDU-Bereich

Wenn Sie für eine Veranstaltung einen Gesprächspartner aus dem CDU-Bereich suchen, der zu einem bestimmten Thema referieren soll, so können Sie sich an unsere Mitarbeiterinnen in der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Frau Storkan — Telefon (02 28) 54 44 20
und Frau Reiffert — Telefon (02 28)
54 43 73

wenden. Sie werden Ihnen gerne Namen von Politikern nennen, an die Sie sich wenden können. Eine Terminvermittlung durch uns kann nicht erfolgen.

Gesprächspartner zum Thema Außen-, Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik

— Persönlichkeiten, von denen man weiß, daß sie einige Zeit im Ausland waren: Journalisten, Führungskräfte von Firmen mit Auslandsniederlassungen, Schüler und Studenten, die im Austausch im Ausland waren, Teilnehmer an Entwicklungshilfeprojekten

— Personen, die sich dienstlich mit Verteidigungs- und Friedensfragen befassen: Soldaten, Offiziere, Wissenschaftler aus dem Bereich Strategie- und Konfliktforschung

— Wissenschaftler, die sich mit sozialistischen Systemen und ihren Unterdrückungsmechanismen beschäftigt haben

— Vertreter von Entwicklungshilfe-Institutionen (z. B. GTZ, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit)

— Vertreter von Institutionen für internationale und europäische Beziehungen (z. B. Deutsche Welthungerhilfe, Vors. Dr. Henselder-Barzel)

— Vertreter von Gesellschaften für internationale Beziehungen (z. B. Deutsche Atlantische Gesellschaft e. V., Präs. BMin. a. D. Dr. Richard Jaeger)

— Vertreter von Europa-Organisationen (z. B. Deutscher Rat der Europäischen Bewegung, Präs. BTPräs. Dr. Philipp Jenninger)

(Wenn Sie eine der Organisationen nicht in Ihrem örtlichen Telefonbuch finden, werden Ihnen die zentralen Geschäftsstellen der betreffenden Organisationen sicher gerne den Repräsentanten nennen, der sich in Ihrer Nähe befindet.)

Gesprächspartner zum Thema „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“

— Vertreter der christlichen Konfessionen, Pastoren, Pfarrer, Mitglieder von Pfarrgemeinderäten und Presbyterien

— Alle, die dazu beitragen, daß unsere Gesellschaft kinderfreundlicher wird: Mütter und Väter, Kinderärzte und Kindergärtnerinnen, Arbeitgeber, die Kindergärten in ihren Betrieben eingerichtet haben, Mitarbeiter städtischer Jugendämter (Kinderspielplätze), Vertreter von Familienorganisationen

— Persönlichkeiten, die sich besonders für die Interessen von Senioren einsetzen: Repräsentanten der Senioren-Union, Vertreter sozialer Dienste wie z. B. „Essen auf Rädern“, Mitglieder von „Alten-Clubs“ wie z. B. „Senioren-Tanzkreis“, Mitglieder von Seniorenvereinigungen (z. B. Kuratorium Deutsche Altershilfe e. V. — Wilhelmine-Lübke-Stiftung)

— Angehörige des Bereiches der Medizin und Forschung: Ärzte, Wissenschaftler (Genforscher), Pharmakologen, Krankenschwestern, Krankenpfleger, Rehabilitationshelfer

— Mitglieder von Gesellschaften für Rehabilitation und Behinderte (z. B. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation)

— Mitglieder von Selbsthilfegruppen für Behinderte

— Mitglieder der örtlichen AIDS-Hilfe

— Personen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können und das Los der Arbeitslosen erleichtern: Unternehmer des Mittelstandes, der Industrie, Angehörige kommunaler Verwaltungen, die für AB-

Maßnahmen zuständig sind, Angestellte des Arbeitsamtes, Gewerkschafter

— Personen, die sich für ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern einsetzen: Mitglieder von städtischen Ausländerbeiräten, Mitglieder von Vereinigungen ausländischer Arbeitnehmer

Zielgruppen für Ihre Einladungen

Zusätzlich zu einer breit gestreuten Einladung für Ihre Veranstaltung mit Hilfe von Anzeigen und Plakaten können Sie auch bestimmte Gruppen direkt ansprechen und einladen.

Wir geben Ihnen hier einige Beispiele, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Junge Generation

- Jugendverbände (z. B. Pfadfinder, kath./ev. Jugend, Christlicher Verein Junger Männer)
- Stadt- und Kreisjugendring
- Lehrlingsheime, Jungarbeiterheime
- Jugendzentren
- Schülerzeitschriften (Redakteure)
- Schulsprecher

Religionsgemeinschaften

- Pfarrer
- Kirchenvorstände
- Pfarrgemeinderäte
- Presbyterien

Diverse Ansprechpartner

- Elternvereine
- Schulpflegschaften
- Lehrer
- Mietervereine
- Frauenverbände
- Bundeswehr
- Schulen
- Volkshochschulen
- Ärzte
- Journalisten

Soziale Einrichtungen und Organisationen

- Das Diakonische Werk — Innere Mission und Hilfswerk der Ev. Kirche
- Deutscher Caritasverband e. V.
- Deutsches Rotes Kreuz e. V.
- Malteser-Hilfsdienst e. V.
- Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.
- Arbeiterwohlfahrt
- Altenheime
- private Altenpflegestellen und -vereine
- Behinderten- und Geschädigtenverbände (Aktion Sorgenkind, VdK usw.)

Arbeitnehmer

- Gewerkschaften (örtl. Gewerkschaftsbüros und Gewerkschaftssekretäre)
- Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB)
- Kolpingfamilie
- Pensionärs- und Rentnervereinigungen
- Betriebsratsmitglieder der ortsansässigen Betriebe
- Personalratsmitglieder in Behörden

Arbeitgeber

- Arbeitgeberverbände

- Wirtschaftsfachverbände
- Junge Unternehmer
- Gewerbevereine, Unternehmervereinigungen
- Industrie- und Handelskammern
- Handwerkskammern

Nicht vergessen: Pressearbeit

Der politische Erfolg der CDU hängt ganz wesentlich davon ab, wie viele Bürgerinnen und Bürger in Ihrem Verband über die Initiativen, Pläne und Leistungen der CDU informiert sind! Deshalb:

- Kündigen Sie Ihre Veranstaltung zum Parteitag in der Presse an, am besten mit einer besonderen Pressekonferenz
- Laden Sie Journalisten persönlich zur Berichterstattung ein
- Stellen Sie auf einer Pressekonferenz die Ergebnisse Ihrer Veranstaltung vor
- Stellen Sie die Delegierten für den Parteitag vor
- Berichten Sie über den Erfolg Ihrer Delegation auf dem Parteitag

Senioren-Union wird offiziell am 20. April 1988 gegründet

In Anwesenheit von 300 Delegierten aus den Landesverbänden der Senioren-Union wird am 20. April 1988 in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, die Senioren-Union als achte Vereinigung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bundesweit gegründet. Die wesentlichen Tagesordnungspunkte der Gründungsveranstaltung sind:

- Rede des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Helmut Kohl;
- Rede des Generalsekretärs der Christ-

lich Demokratischen Union Deutschlands, Heiner Geißler;

- Wahlen zum Bundesvorstand der Senioren-Union der Christlich Demokratischen Union Deutschlands;
- Verabschiedung der Bundessatzung der Senioren-Union der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Die Senioren-Union wird die Kompetenz der CDU in der Seniorenpolitik stärken und der Arbeit der bereits bestehenden 650 Orts- und Kreisverbände mit 35.000 Mitgliedern neue Impulse geben.

Nach hartem Ringen um EG-Finanzreform:

Helmut Kohl führt EG-Gipfel zum Erfolg

Durch den engagierten Einsatz der Bundesregierung konnte jetzt in Brüssel ein Kompromiß erzielt werden, der die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft für die kommenden Jahre auf eine solide Grundlage stellt. Die vom Europäischen Rat am Samstag, 13. Februar 1988, unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl gefaßten Beschlüsse geben der Europäischen Gemeinschaft insgesamt wieder eine Perspektive und ermöglichen der deutschen Landwirtschaft eine längerfristige Zukunftsorientierung.

Agrarfinanzen gesichert

Die Beschlüsse des Europäischen Rates tragen dazu bei, die Ungewißheit in den bäuerlichen Familienbetrieben über die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik in der Gemeinschaft zu überwinden. Die deutschen Landwirte können nun ihre betrieblichen Entscheidungen langfristig ausrichten. Die Beschlüsse des Europäischen Rates zum Agrarteil sind — wie die Beschlüsse zum Delors-Paket insgesamt — ein Kompromiß. Er wurde möglich, weil jeder Mitgliedsstaat einen Teil seiner Forderungen und Anliegen zurücknahm. Auch die Bundesregierung mußte dabei Zugeständnisse machen. Wichtig ist, daß die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft bis 1992 durch den jetzt gefundenen Kompromiß wieder auf einer sicheren Basis steht.

Wirksame Maßnahmen zum Abbau von Überschüssen

Die CDU-geführte Bundesregierung setzt sich seit langem dafür ein, daß in bereits

überschüssigen Sektoren künftig nicht die weitere Steigerung, sondern die Rückführung der Produktion stärker honoriert werden muß. Diese Forderung konnte sie nunmehr auch für die pflanzlichen Marktordnungsprodukte durchsetzen. Sie hat damit im pflanzlichen Bereich die Politik weiterverfolgt, die 1984 zur Einführung der Garantiemengenregelung Milch und dort bereits zu deutlichen Erfolgen sowie zu einer Stabilisierung der Einkommen geführt hat. Beschlossen wurden jetzt im pflanzlichen Bereich Flächenstilllegungen und die Einführung einer Vorruhestandsregelung.

Flächenstilllegungsmaßnahmen sind für die einzelnen Landwirte künftig eine Alternative zu dem durch Produktionsmenge und Marktordnungspreis bestimmten Einkommen. In ihrer Gesamtwirkung leisten sie zugleich einen wichtigen Beitrag zur Marktentlastung und kommen damit allen Landwirten zugute. Darüber hinaus wirken Flächenstilllegungen, wie die bereits früher beschlossenen Extensivierungsmaßnahmen, umweltentlastend.

Die vom Europäischen Rat getroffene Grundsatzentscheidung über eine **gemeinschaftliche Regelung für einen Vorruhestand** ist eine wichtige Antwort auf vielfältige Forderungen insbesondere aus der deutschen Landwirtschaft. Einerseits erleichtert sie den landwirtschaftlichen Betrieben, im Strukturwandel an Wettbewerbskraft zu gewinnen. Andererseits wird älteren Landwirten die Möglichkeit eröffnet, ohne soziale Härten auf freiwilliger Basis aus der landwirtschaftlichen Produktion auszuscheiden.

Nationale Beihilfen in Abstimmung mit den Ländern

Die Bundesregierung verkennt nicht, daß die Lage der deutschen Landwirtschaft nach den Gipfelbeschlüssen weiterhin schwierig ist. Sie wird deshalb die notwendigen Maßnahmen treffen, um den nationalen Finanzierungsanteil an den produktionsbegrenzenden Maßnahmen sicherzustellen. Hierbei setzt sie auf die konstruktive Mitwirkung der Bundesländer.

Von besonderer Bedeutung ist, daß es im Zusammenhang mit den jetzigen Beschlüssen gelungen ist, die künftige Ausgestaltung des zweiprozentigen Mehrwertsteuer-Ausgleichs, der zum Jahresende 1988 ausläuft, zu konkretisieren; die

übrigen drei Prozent werden unverändert gewährt. Die Kommission hat einen Vorschlag zugesagt, nach dem der Ausgleich künftig als flächenbezogene Beihilfe gewährt werden kann.

Als einkommensstützende Maßnahmen kann es also in Zukunft neben der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten, den agrarsozialen Maßnahmen und dem fortbestehenden dreiprozentigen Mehrwertsteuer-Ausgleich auch **flächenbezogene Einkommensbeihilfen** geben. Direkte Beihilfen werden damit einen verstärkten Beitrag zur Einkommenssicherung der deutschen Landwirte leisten können. Die Bundesregierung wird deshalb rasch über EG-konforme, nationale Maßnahmen für unsere Landwirtschaft beraten und entscheiden.

Bernhard Sälzer:

Der Weg ist frei für den Europäischen Binnenmarkt

Zum Erfolg des Europäischen Gipfels in Brüssel erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bernhard Sälzer, MdEP:

Die Einigung der europäischen Regierungschefs über die Eindämmung der Agrarausgaben und die Finanzierung der Gemeinschaft ist ein großer Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl. Seinem persönlichen Einsatz verdankt die Europäische Gemeinschaft die wichtigste Finanzreform seit ihrem Bestehen. Unter deutscher Ratspräsidentschaft ist damit eine Aufgabe gelöst worden, die Pessimisten bereits als nicht lösbar erklärt hatten und an der bereits zwei vorangehende EG-Gipfel gescheitert sind.

Mit der Einigung von Brüssel ist jetzt der Weg freigemacht für die Schaffung des

europäischen Binnenmarktes, der gerade für die exportorientierte deutsche Wirtschaft von einzigartiger Bedeutung ist. Seine Vorteile werden unmittelbar der Wirtschaft und den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zugute kommen, denn mehr als 50 Prozent des Exports der Bundesrepublik Deutschland gehen in die Europäische Gemeinschaft. Diese Ausfuhren tragen entscheidend zur Sicherung unserer Arbeitsplätze, zu Wirtschaftswachstum und Stabilität bei.

Ein gemeinsamer Binnenmarkt mit über 320 Millionen Menschen wird Europa zum größten Markt der Welt machen, ähnlich wie die Gründung der EWG vor dreißig Jahren neue Wachstumsimpulse freisetzen und damit entscheidend die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft auf den Weltmärkten stärken.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

„Ein diplomatisches Meisterstück“

„Der Brüsseler Gipfel war ein echter Erfolg. Dank des gemeinsamen Vorgehens Frankreichs und der Bundesrepublik hat Europa sich endlich die Mittel gegeben, seinen Willen frei zu äußern. Die Einheit Europas ist nicht unbedingt ein unmöglicher Traum.“

(Le Figaro, Frankreich)

„Sein Brüsseler Auftritt war diesbezüglich beispielhaft. Bravo und Dankeschön, Herr Bundeskanzler!“

(Dernieres Nouvelles d'Alsace)

„Bundeskanzler Kohl hat als Verhandlungsführer auf diesem schwierigen Gipfel eine staatsmännische Leistung vollbracht.“

(General-Anzeiger, Bonn)

„Der Kanzler ist von dem Brüsseler Europa-Gipfel mit einem Erfolg zurückgekehrt. Nicht zuletzt dank der hartnäckigen Verhandlungsführung des EG-Präsidenten Kohl sind nun die Fußketten gelockert, die seit Jahrzehnten die Fortentwicklung der Gemeinschaft blockiert haben.“

(Die Zeit)

„Die Europäische Gemeinschaft ist knapp einer Katastrophe entgangen. Daß die Staats- und Regierungschefs in letzter Minute doch noch den rettenden Ausweg aus der bisher gefährlichsten Krise fanden, verdankt die EG dem Ratspräsidenten Helmut Kohl. Der Bundeskanzler hat ein diplomatisches Meisterstück vollbracht.“

(Neue Osnabrücker Zeitung)

„Die Brüsseler Sitzung wird in die Geschichte der EG als Kohls große Stunde eingehen. Er hat das unmöglich erscheinende geschafft, die widerstreitenden Zwölf auf eine gemeinsame Marschrichtung zu verpflichten.“

(Abendpost-Nachtausgabe)

„Der Bundeskanzler als Ratspräsident und damit als Verhandlungsführer dieses Brüsseler Marathons hat, das müssen selbst seine schärfsten Kritiker einräumen, diesem Gipfel entscheidend zum Erfolg verholfen. Durch seine Ausdauer und Zähigkeit, einmal mit nicht endender Geduld, dann aber auch mit eiserner Härte.“

(Hamburger Abendblatt)

UID

6/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.